



Aktueller Begriff

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

Open Access: Freier Zugang zu wissenschaftlicher Information

Der Begriff *Open Access* (Abk.: OA) bezeichnet ein neuartiges Konzept für das wissenschaftliche Publikationswesen. Ziel ist es, den Zugang zu wissenschaftlicher Information zu erleichtern. Unterschiede zu traditionellen Publikationsformen betreffen vor allem ökonomische Aspekte des Publizierens, aber auch die Mechanismen und Effizienz der wissenschaftlichen Kommunikation und Qualitätssicherung. Der *Open Access*-Gedanke hat starke Verfechter in den USA wie in Europa, so auch in der deutschen Wissenschaftslandschaft.

Das traditionelle wissenschaftliche Publikationswesen

Wissenschaft lebt davon, dass Forscher Ergebnisse und Theorien untereinander austauschen. In allen Disziplinen hat sich daher ein geordnetes Publikationswesen etabliert, wobei sich die Erscheinungsformen unterscheiden: Während Geisteswissenschaftler oft Bücher oder Sammelbände bevorzugen, publizieren Natur- und Ingenieurwissenschaftler, aber auch Sozialwissenschaftler ihre Forschungsergebnisse primär als Aufsätze in Fachzeitschriften. Diese werden von kommerziellen Verlagen oder wissenschaftlichen Gesellschaften herausgegeben. Das Verlagspersonal übernimmt dabei technische und kaufmännische Aufgaben, während die Qualitätssicherung der eingereichten Manuskripte in der Hand von externen Wissenschaftlern (Herausgebern) liegt. Diese ziehen zur Begutachtung der eingereichten Artikel fachlich kompetente Forscher als Gutachter heran („Peer Review“). Autoren, Herausgeber und Gutachter erhalten keine Bezahlung; diese Tätigkeiten erhöhen das wissenschaftliche Renommee von Forschern und werden in aller Regel unentgeltlich wahrgenommen. Die Leser bezahlen für die Lektüre entweder über Abonnements der Zeitschriften (oft pauschal durch Institute oder Bibliotheken) oder individuell für den elektronischen Zugang zu einzelnen Artikeln. Die erlösten Gelder verbleiben meist bei den Verlagen.

Open Access als Gegenmodell und Weiterentwicklung

Grundgedanke von *Open Access* ist, dass die Ergebnisse von (öffentlich finanzierter) Forschung allen Interessierten ohne finanzielle Hürden zugänglich sein sollten. Übliche Preise für Zeitschriften-Abonnements (mehrere 1000 € pro Jahr) bzw. den Online-Zugang (oft 20-30 € pro Artikel) werden als Hürden angesehen. Gemäß *Open Access* werden die Kosten des Publizierens nicht mehr von den Lesern getragen, sondern als Teil der Forschungskosten angesehen und von den Autoren bzw. deren Institutionen vorab finanziert.

Marksteine der Entwicklung des OA-Konzepts waren die Budapest-Initiative (2001), das *Bethesda Statement* (2003) und die Berliner Erklärung der deutschen Wissenschaftsorganisationen (2003). Beispiele für etablierte OA-Zeitschriften aus Deutschland sind das „New Journal of Physics“ oder das „Economics E-Journal“. Systematische Verzeichnisse (wie <http://www.doaj.org>) erleichtern das Auffinden weiterer Journale im Internet. Traditionelle Fachzeitschriften bieten umgekehrt als Option immer öfter an, den Zugang zu einzelnen Artikeln für Leser freizugeben, falls die Autoren vorab eine Gebühr an den Verlag bezahlen (*Open Choice*).

Pro und Contra

Wissenschaftliche Information in Form von Forschungsergebnissen dient nicht nur als Grundlage, als „Rohstoff“ für weitere Forschung. Sie bildet auch die notwendige Basis für technologische Innovation, für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt ebenso wie für politische Entscheidungen. Eine Unterversorgung an wissenschaftlicher Information hätte daher auch negative gesamtgesellschaftliche Folgen. Forscher oder Studenten haben zwar meist über ihre jeweilige Insti-

tution Zugang zu wichtigen Fachzeitschriften. Doch auch Lehrer, Erfinder, Patienten, Ärzte oder Politiker können ein legitimes Interesse haben, sich ein Bild vom aktuellen Stand der Wissenschaft zu machen. Dem stehen heute oft die finanziellen Hürden im Weg.

Dank Computer und Internet ist auch das Publizieren einfacher und kostengünstiger geworden. Forscher wie Bibliothekare bemängeln jedoch, dass die Preise für Zeitschriften-Abonnements keineswegs gesunken, sondern erheblich gestiegen seien. Außerdem haben die auflagenstärksten Journale nicht niedrige, sondern oft besonders hohe Preise. Beides deutet darauf hin, dass Zeitschriftenpreise sich heute keineswegs nur an den Herstellungskosten orientieren. Vielmehr haben sich teilweise monopolartige Strukturen auf dem Markt für wissenschaftliche Information etabliert. Dies spiegelt sich in Umsatzrenditen renommierter Verlage von bis zu 30% und mehr wider. Ihre Marktmacht gründet sich teilweise auch auf Besonderheiten des Wissenschaftsbetriebs: Forscher mit Karriereambitionen sind oft darauf angewiesen, in bestimmten renommierten Zeitschriften zu publizieren, selbst wenn sie mit deren Preispolitik oder mit der – von den Verlagen meist geforderten – unentgeltlichen Übertragung ihres Urheberrechts an den Verlag nicht einverstanden sind.

Das traditionelle Publikationsmodell wird auch aus fiskalischer Sicht kritisiert: Der Staat ist über die Gehälter der Autoren sowie der Gutachter und die von Bibliotheken aufgewendeten Abonnementgebühren mindestens dreifach an den Kosten des Publizierens beteiligt. Dies liegt nicht im Interesse der Steuerzahler, zumal die Inhalte dem breiten Publikum danach immer noch nicht zugänglich sind. Vielmehr könnte, wie die Forschung selbst, auch die Verbreitung ihrer Ergebnisse ein „öffentliches Gut“ sein und wäre daher von vornherein (und nur einmal) vom Staat zu finanzieren.

Generell wird *Open Access* nicht für gedruckte Werke in Betracht gezogen, sondern nur für elektronische Publikationen, die praktisch ohne Kosten vervielfältigt und per Internet verbreitet werden können. Gegner wenden ein, dass die Kosten des Publikationsprozesses nach wie vor erheblich seien und nur mit Beiträgen der Leser finanziert werden könnten. Ein Verzicht darauf könnte die wirtschaftliche Existenz der Verlage gefährden. Deren Rolle im gewachsenen System der wissenschaftlichen Qualitätskontrolle sei aber unverzichtbar. Sie bürgten als „Türsteher“ für Selektivität und Reputation ihrer Zeitschriften und die Verlässlichkeit von Informationen.

Weitere Einwände lauten, dass freier Zugang bereits heute realisiert sei, da jedermann Fachartikel per Fernleihe aus öffentlichen Bibliotheken bestellen könne. Die aus *Open Access* evtl. resultierende Verlagerung von Teilen des Publikationsprozesses weg von kommerziellen Verlagen, hin zu Hochschulen und Instituten wäre ökonomisch nur dann sinnvoll, wenn diese effizienter arbeiteten, was durchaus fraglich sei. Schließlich wird bezweifelt, ob Forschungsinstitutionen die nötige Infrastruktur hätten, um publizierte Artikel dauerhaft elektronisch zu archivieren und zugänglich zu halten. Wissenschaftliche Ergebnisse müssten als Teil des kulturellen Erbes der Menschheit für kommende Generationen zuverlässig bewahrt werden. Ob (wie bisher) die Verlage oder aber Institute und Hochschul-Bibliotheken dazu langfristig besser geeignet wären, ist umstritten.

Gesamtbewertung und Perspektiven

Kritiker sehen die Verlage hingegen nicht als „Türsteher“, sondern nur noch als „Zwischenhändler“ in der Informations-Verwertungskette. Ihre Rolle sei entbehrlich geworden, seit das Internet Autoren und Leser auf direktem Weg verbinden kann. Insgesamt zielt die OA-Bewegung jedoch nicht darauf ab, die Verlage zu verdrängen. Vielmehr soll durch neue Zahlungsmodelle und mehr Wettbewerb ein funktionierender Publikationsmarkt ohne monopolartige Verzerrungen gewährleistet werden. Auf diesem Markt könnte auch weiterhin Platz für kommerzielle Verlage sein.

Manche Wissenschaftler erwarten, dass *Open Access* sich automatisch durchsetzen werde. Dazu trage in Deutschland auch die jüngste Reform des Urheberrechts bei: Sie habe die Rechte der Verlage im traditionellen Publikationswesen so sehr zu Lasten der Autoren (Urheber) gestärkt, dass viele Forscher von selbst vermehrt in OA-Zeitschriften publizieren würden. Andere knüpfen Hoffnungen auf Durchsetzung von *Open Access* an die Geldgeber der Forschung: Förderinstitutionen wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) sollten Projektmittel künftig unter der Bedingung vergeben, dass die Ergebnisse der geförderten Forschung in OA-Journalen publiziert werden, und dafür auch die Kosten tragen.

Quellen und Literaturhinweise:

- „Berliner Erklärung“ (2003): http://www.mpg.de/pdf/openaccess/BerlinDeclaration_dt.pdf.
- „Open Access“: Sonderheft der Zeitschrift „Wissenschaftsmanagement“ (November 2006).
- European Research Advisory Board: „Scientific Publication: Policy on Open Access“ (Dezember 2006).
- Lucius, Wulf von: Strukturveränderungen im wiss. Informationssystem. In: Forschung & Lehre, Heft 03/2007.

Verfasser: Dr. Daniel Lübbert, Fachbereich WD8 - Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit, Bildung und Forschung